



JPIC-Direktoren Jaime Campos OFM und Rufino Lim OFM im GFBS-Büro beim internationalen Seminar zum Thema Migration. Foto: © FI / Christian Seno, OFM

## FRANCISCANS INTERNATIONAL NEWSLETTER | 2018/02

### IN DIESER AUSGABE

#### SONDERBEITRAG

Sambia: Zur Auseinandersetzung um Menschenrechtsfragen und Ausbeutung natürlicher Ressourcen

2

Menschenhandel in Malaysia: Ein ungelöstes Problem

3

#### EVENTS

Parallelveranstaltung über das Recht auf Land von indigenen Völkern in Brasilien

3

OFM GFBS - Seminar zum Thema Migration

5

Willkommen zur zweiten Ausgabe des Newsletters von Franciscans International im Jahr 2018!

In dieser Ausgabe können Sie etwas über die jüngste Parallelveranstaltung von Franciscan International während des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten in New York erfahren. Weiterhin lesen Sie eine Analyse zum Problems des Menschenhandels in Malaysia und einen Bericht über einen kürzlich gemachten Missionsbesuch in Sambia und vom Seminar des franziskanischen Büros für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung (OFM GFBS) über Migration in Guadalajara, Mexiko.

Sie haben vielleicht bemerkt, dass wir in den letzten Wochen eine Anfrage gesendet haben, in der wir Sie gebeten haben, unsere Mailingliste erneut zu abonnieren. Aufgrund des neuen Datenschutzgesetzes der EU, der Allgemeinen Datenschutzverordnung (DSGVO), die am 25. Mai in Kraft tritt, müssen wir aktualisierte Berechtigungen von unseren Abonnenten anfordern.

**Wenn Sie über die neuesten Nachrichten von Franciscans International auf dem Laufenden bleiben möchten, bekräftigen Sie bitte Ihr Interesse**, indem Sie dem Link in der Newsletter-E-Mail folgen, die Sie gerade erhalten haben, oder indem Sie den Link klicken, den Sie in früheren Nachrichten erhalten haben. Sie können sich auch auf unserer Facebook-Seite (<https://www.facebook.com/franciscansInternational/>) oder auf unserer Website ([www.franciscansinternational.org/subscribe/](http://www.franciscansinternational.org/subscribe/)) erneut anmelden.

Vielen Dank für Ihre anhaltende Unterstützung und wir hoffen, dass Sie unseren Newsletter informativ und ansprechend finden.

Mit freundlichen Grüßen,

Markus Heinze, OFM



(links) Gruppenfoto einiger Organisationsvertreter, die an dem indonesischen Netzwerk zur Bekämpfung des Menschenhandels teilnehmen. © FI (rechts) Markt in Sambia. © FI / Sandra Ratjen





## **SAMBIA: ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM MENSCHENRECHTSFRAGEN UND AUSBEUTUNG NATÜRLICHER RESSOURCEN**

*Enkeleda Papa, Afrika- Programmkoordinator*

Sambia wurde im Oktober 2017 von der UN-Arbeitsgruppe zur allgemeinen periodischen Überprüfung (UPR) ein drittes Mal überprüft und erhielt insgesamt 203 Empfehlungen von den anderen Mitgliedstaaten. Während der UPR-Annahme im März 2018 akzeptierte die Regierung von Sambia 183 Empfehlungen, darunter auch einige, die den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in Bezug auf die Rohstoffindustrie fordern.

In diesem Zusammenhang hat Franciscans International in Zusammenarbeit mit seinen sambischen Partnern die Gelegenheit ergriffen, eine Vielzahl an Menschenrechtsverletzungen an lokalen Gemeinschaften im Zusammenhang mit Bergbauarbeiten in der Kupfergürtelprovinz und in den nord-westlichen Landesregionen anzuprangern. Als Resultat forderten mehrere UN-Mitgliedstaaten Sambia auf, die Verwaltung ihrer natürlichen Ressourcen zu verbessern, und forderten die Behörden auf, eine sinnvolle Beteiligung der lokalen Gemeinschaften an Entscheidungsprozessen sicherzustellen, die sie unmittelbar betreffen.

In einer Erklärung im Menschenrechtsrat erinnerte FI daran, dass "die effektive Beteiligung von Gemeinschaften, die von Projekten zur Ausbeutung und Gewinnung von natürlichen Ressourcen auf ihrem Land betroffen sind, nicht nur zur Einhaltung von Menschenrechtsverpflichtungen und -grundsätzen, sondern auch zur Erreichung von nachhaltiger Entwicklung erforderlich ist." FI empfahl der Regierung, "eine sinnvolle Gemeinschaftsinitiative sicherzustellen, insbesondere durch rechtzeitige und umfassende Offenlegung projektbezogener Informationen in angemessener und zugänglicher Form. Vor Beginn des Projekts und in den verschiedenen Phasen danach sollten unabhängige und gründliche Folgenabschätzungen zu den Menschenrechten durchgeführt werden."

Die UPR ist ein Prozess, der nicht in Genf endet. Um effektiv zu sein, müssen die Staaten in Synergie mit anderen Interessengruppen die Empfehlungen weiterverfolgen und zusammenarbeiten, um ihre Umsetzung sicherzustellen.

Aus diesem Grund hat FI im vergangenen April eine Follow-up-Mission in Sambia durchgeführt, um nationale Akteure bei der Umsetzung der UPR zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit einer Gruppe von sambischen zivilgesellschaftlichen Partnern organisierte FI eine



Das FI-Team trifft lokale Gemeinschaften in Sambia zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnern. Foto: © Franciscans International

Reihe von Aktivitäten in Lusaka und Luapula, die darauf abzielten, die Aufmerksamkeit der sambischen Interessensvertreter gegenüber den Verpflichtungen der Regierung auf internationaler Ebene zu wahren. Sie sollten auch eine Plattform für den Dialog bieten, um die effektive Umsetzung der UPR-Empfehlungen zu gewährleisten.

Zu diesem Zweck hat FI sich mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren getroffen, um sie über das Ergebnis der 3. UPR Sambias zu informieren, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf den Empfehlungen in Bezug auf natürliche Ressourcen und Bergbauindustrie lag. Dieses Treffen bot eine perfekte Gelegenheit, um die entscheidende Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure bei der Überwachung der Umsetzung von Empfehlungen und bei der Messung der Fortschritte der Regierung hervorzuheben.

Darüber hinaus initiierte FI einen Dialog mit Regierungsbehörden auf lokaler und nationaler Ebene, um ihre Pläne zur Umsetzung der UPR-Empfehlungen zu diskutieren. Bei diesem Dialog konfrontierte FI die lokalen und nationalen Behörden auch mit Forderungen und Beobachtungen von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des extraktivistischen, d.h. hauptsächlich auf Rohstoffabbau beruhenden, Entwicklungsmodells, das das Land nach wie vor verfolgt.

FI traf sich auch mit lokalen Gemeinschaften in Luapula, einer Provinz in Nord-Sambia, wo die Pläne zur Förderung von Öl vermutlich die Rechte der lokalen Gemeinschaften gefährden. Während dieses Besuchs in Luapula intervenierte FI mit traditionellen Führern, Gemeindemitgliedern, der Zivilgesellschaft, Vertretern der Medien, der lokalen Regierung und der

Kirche. Die Präsenz von FI in der Region gab lokalen Partnern die Möglichkeit, Gemeinschaften über ihre Rechte zu informieren, sowie lokale Behörden über ihre Verpflichtungen, sie zu schützen, zu informieren. Das Treffen mit den betroffenen Gemeinden hat gezeigt, dass der Mangel an ausreichenden Informationen und an Engagement für Menschen, die von extraktiven Aktivitäten zuerst betroffen sein werden, nach wie vor Realität ist. Dies bestätigte nochmal den zusätzlichen Nutzen der Unterstützung von FI für nationale Akteure, die die Umsetzung von UN-Empfehlungen durch ihre Staaten fordern.

### **MENSCHENHANDEL IN MALAYSIA: EIN UNGELÖSTES PROBLEM**

*Budi Tjahjono, Asien-Pazifik-Programmkoordinator*

Am 11. Februar 2018 starb Adelina Jemira Sau, ein 21-jähriges indonesische Dienstmädchen, im Krankenhaus Bukit Mertajam in Penang, Malaysia. Ihr Kopf und Gesicht waren geschwollen, ihre Beine waren mit infizierten Wunden bedeckt. Bevor sie ins Krankenhaus gebracht wurde, saß sie hilflos auf der Veranda des Hauses ihres Arbeitgebers in Gesellschaft eines mit einem Seil an sie gebundenen Rottweilers. Im Interview sagten die Nachbarn, sie sei seit über einem Monat gezwungen gewesen, in der Gesellschaft des Rottweiler auf der Veranda zu schlafen.

Die körperlichen und seelischen Misshandlungen, die Adelina von ihrem Arbeitgeber - der wegen illegaler Beschäftigung einer ausländischen Arbeitskraft und Mord angeklagt war - zufügte wurden, töteten sie schließlich. Sie stammte aus der indonesischen Provinz East Nusa Tenggara (NTT-Provinz), einer der ärmsten Regionen Indonesiens, und war aller Wahrscheinlichkeit nach Opfer von Menschenhandel.

Die Provinz NTT ist eine der Hauptdrehkreise bezüglich indonesischen Wanderarbeitern in Malaysia. Nach Schätzungen leben 20% der 4,9 Millionen Einwohner in dieser Provinz unter der Armutsgrenze. Bruno Kupok, der Leiter des örtlichen Manpower and Transmigration Office, bestätigte, dass bis zum Jahr 2018 200.000 Menschen aus der indonesischen NTT-Provinz in Malaysia arbeiteten - fast 75% von ihnen ohne Papiere.

Nach Angaben des Sekretärs der Agentur für die Unterbringung und den Schutz indonesischer Wanderarbeiter (BNP2TKI) starben allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 19 indonesische Wanderarbeiter ohne Papiere aus der Provinz NTT in Malaysia. Im Jahr 2017 betrug die Zahl der Todesfälle von

Migranten aus der NTT-Provinz in Malaysia 62; im Jahr 2016 war es 46.

Die Internationale Organisation für Migranten (IOM) berichtete, dass von 2005 bis 2014 7.193 Menschen zum Opfer von Menschenhandel in Indonesien wurden, davon 82% Frauen und Mädchen.

Um dieser auffälligen Situation zu begegnen, hat sich Franciscans International der indonesischen Kirche und anderen lokalen und internationalen Interessengruppen angeschlossen, um ein indonesisches Netzwerk zur Bekämpfung des Menschenhandels zu bilden. Das Netzwerk zielt darauf ab, auf einzelstaatlicher Ebene mit Fällen von Menschenhandel und Missbrauch zu verhandeln und mit Regierungsvertretern rechtliche Schritte einzuleiten.

Auf internationaler Ebene hat FI auf der 37. ordentlichen Tagung des Menschenrechtsrats der UN in Genf im vergangenen März dazu beigetragen, den Menschenhandel zu thematisieren. Bei dieser Gelegenheit haben FI und die Partner ihre Interventionen darauf konzentriert, dass die Regierung Malaysias jene internationalen Standards akzeptiert und einhält, die die Menschenrechte von Wanderarbeitern - insbesondere Hausangestellten - schützen und die Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs verstärken.

Im November 2018 steht Malaysia im Mittelpunkt des Verfahrens zur allgemeinen periodischen Überprüfung der Menschenrechtssituation (UPR) vor den UN in Genf. Es besteht die Hoffnung, dass die Regierung Malaysias am Ende dieses Prozesses die notwendigen Schritte unternehmen wird, um die Probleme des Menschenhandels innerhalb der eigenen Grenzen wirksam zu bekämpfen.

### **PARALLELVERANSTALTUNG ÜBER DAS RECHT AUF LAND VON INDIGENEN VÖLKERN IN BRAZILIEN**

*Marina El Khoury, FI-Vertreterin bei den UN*

Franciscans International hat kürzlich mit dem Indigenen-Missionsrates CIMI (Conselho Indigenista Missionário) zusammengearbeitet, um eine Parallelveranstaltung während der 17. Sitzung des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten der UN zu organisieren. Die Veranstaltung fand unter dem Titel "Rechte der indigenen Völker auf Land in Brasilien: Kontext, Herausforderungen und Empfehlungen" am 17. April 2018 statt und sollte die Rechte der indigenen Völker auf



ihre Ländereien, Territorien und natürlichen Ressourcen in Brasilien fördern. Marina El Khoury, FI-Vertreterin bei den UN in New York, moderierte die Veranstaltung, was ein Beitrag im Rahmen des langjährigen Engagements von Franciscans International für die Verteidigung der Menschenrechte indigener Völker in Brasilien war.

Die Parallelveranstaltung begann mit den Schilderungen von Adriano Karipuna und Leila Rocha über ihre Arbeit und die Sorgen ihrer jeweiligen Gemeinschaften. Als Anführer des Karipuna-Stammes sprach Adriano von der erheblichen Zunahme der Probleme auf dem Karipuna-Siedlungsgebiet seit 2011, zum Beispiel der Zunahme von Goldgräber und Eindringlinge auf der Suche nach Holz und anderen Ressourcen. Er verurteilte die lokalen und nationalen Behörden dafür, dass wirtschaftliche Interessen Vorrang vor dem Respekt vor den indigenen Gemeinschaften, dem Amazonas-Regenwald und ihren Rechten auf ihre traditionellen Ländereien haben sollten. Zu den aktuellen Bedrohungen zählen Wasserkraftwerke, Eisenbahnen und Straßen, die durch Karipuna führen, und die ständige Anwesenheit von Bauarbeitern.

Leila Rocha, eine Anführerin des Guarani Ñandeva Stammes auf dem indigenen Territorium von Yvu Katu, das an der Grenze zwischen Mato Grosso do Sul und Paraguay liegt, verurteilte die mangelnde Unterstützung der brasilianischen Regierung gegenüber den indigenen Völkern des Landes. Im Bundesstaat Mato Grosso do Sul haben die Guarani sehr unter gewaltsamen Tötungen durch große landwirtschaftliche Betriebe gelitten. "Diese Länder waren immer unsere, wir wurden dort geboren, wir leben dort, und doch werden wir vertrieben und massakriert", erklärt sie. Leila forderte die UN auf, Druck auf Brasilien auszuüben, um die Länder der indigenen Völker abzugrenzen und die früher ausgemachten Grenzen zu respektieren. Sie sagte, dass die Guarani genug Leid, Schmerz, Hunger und Obdachlosigkeit durchlebt haben. Sie appellierte an das Publikum. "Wir wollen ein Leben in Würde. Ohne Land sind wir nichts. Das Land ist unsere Mutter, das Land ist unser Leben."

Cleber Buzatto, Geschäftsführer von CIMI, sprach von seiner Sorge, dass die Probleme, mit denen indigene Bevölkerungsgruppen in Brasilien konfrontiert sind, im Laufe der Zeit zunehmen und komplexer werden. 2018 war bisher ein besonders prekäres Jahr mit direkten Angriffen auf indigene Führer, Einzelpersonen, ihr Land, natürliche Ressourcen und sogar ihre Verbündeten. Nachdem er kürzlich dokumentierte Vorfälle vorgelegt hatte, die auf den zunehmenden Trend der Verletzungen der Rechte indigener Völker hinwiesen, stellte er fest: "Die Herausforderungen sind größer denn je." Cleber erklärte, dass diese Vorfälle zwar in Gebieten stattfinden,



Adriano Karipuna (oben links) berichtet von seinen Erfahrungen als Anführer der Karipuna während einer von Franciscans International organisierten und moderierten Parallelveranstaltung zur UN-Tagung. Foto: © Luiz Roberto Lima

die geografisch sehr weit voneinander entfernt sind, aber es gibt einen gemeinsamen roten Faden, der all diese Vorfälle verbindet: Sie sind Indikatoren für eine anti-indigene Politik vor dem Hintergrund bedeutenden agrarwirtschaftlichen Interessen. Er erzählte, wie die derzeitige Regierung legislative, exekutive und sogar gerichtliche Maßnahmen ergriffen hat, die die verfassungsmäßigen Rechte indigener Völker verletzen.

Antonia Urrejola, eine chilenische Menschenrechtsanwältin und derzeitige Berichterstatterin für indigene Rechte der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR), erläuterte ihre Rolle bei der Sensibilisierung und Förderung der Rechte der indigenen Völker, die Stärkung der Arbeit der IACHR, Aufklärung von Beamten über indigene Völker und Entwicklung von Schutzmechanismen für sie. Die Rednerin hob deutlich ihre Besorgnis über die Lage der indigenen Bevölkerung in Brasilien hervor. Sie war von den Daten betroffen, die CIMI dokumentiert hat, insbesondere mit der Zunahme von Gewalt und der Kindersterblichkeit. Die IACHR hat bereits die Haushaltskürzungen für FUNAI, legislative Schritte und den Druck von Agrarunternehmen beklagt. Die Rednerin versichert, dass die IACHR die Situation genau beobachtet und gab ihre Pläne für einen Besuch in Brasilien im November 2018 bekannt.

Nach den Präsentationen folgte eine interessante interaktive Diskussion. Eine Videoaufnahme der Veranstaltung ist auf der Facebook-Seite von Franciscans International zu finden: <https://www.facebook.com/FranciscansInternational/>.

## FRANZISKANISCHES BÜRO FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN UND DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG (OFM GFBS) - SEMINAR ZUM THEMA MIGRATION

Br. Christian Seno, OFM

Vom 9. bis zum 16. April trafen sich rund 55 Franziskanerbrüder und Interessierte aus Partnerorganisationen im Ministerium in Guadalajara, Mexiko, um am internationalen Migrationskurs des Franziskanischen Büros GFBS teilzunehmen. Das alljährlich stattfindende Treffen wurde von Jaime Campos OFM und Rufino Lim OFM organisiert. Ihr Ziel war es, das Thema Migration ganzheitlich zu präsentieren und gleichzeitig eine Orientierung für die neuen GFBS-Animatoren des Ordens zu geben.



Foto: © OFM JPIC

Unter dem Titel Migration: Ursachen, Mauern und franziskanische Perspektiven wurde der Kurs in drei Teile geteilt. Der erste Teil konzentrierte sich auf Ursachen und Bedingungen der menschlichen Mobilität. Gerardo Cruz Gonzalez von El Instituto Mexicano de Doctrina Social Cristiana lieferte eine umfassende sozio-politische Migrationsgeschichte Amerikas und bot sechs theoretische Ansätze, um dieses Phänomen zu analysieren. Aus seiner Sicht ist ein kritisches Verständnis der Migrationsgeschichte wichtig, um nicht nur einen Einblick in die Vergangenheit zu vermitteln, sondern um auch die Werkzeuge an die Hand zu geben, die uns beim Widerstand gegen Ungerechtigkeit helfen. Rafael Alonso Hernández López, Direktor von FM4 Paso Libre, einem Flüchtlingsheim in Guadalajara, stellte die Auswirkungen von "sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gewalt und Klimawandel" auf Migration vor, Melissa Angélica Vértiz Hernández von der Arbeitsgruppe Migrationspolitik referierte über soziale Ungleichheit als Hauptantrieb der Migration.

Der zweite Teil des Kurses konzentrierte sich auf "Mauern" - sowohl physische als auch metaphorische -, die Hindernisse im Migrationsprozess darstellen. Bruder Tomás González Castillo OFM, Gründer von La 72 und Partner von Franciscans International, gab einen Überblick über die rechtlichen und politischen Hürden, die Migration in Mexiko erschweren. Bruder Tomás stellte fest, dass verschiedene Initiativen, wie das Programa Especial sobre Migración und das Programa Frontera Sur, von der mexikanischen Regierung vorgeschlagen wurden, um die Menschenrechte von Migranten, die das Land durchqueren, zu schützen. Diese Programme haben

es jedoch nicht vermocht, die Rechte und die Sicherheit von Migranten zu schützen - im Gegenteil. Sie haben die Undurchlässigkeit der Grenze durch militärische Aufrüstung erhöht, und einen Anstieg von Gewalt und illegalen Aktivitäten entlang von Migrationsrouten bewirkt. Menschenhandel und Erpressung, körperliche und sexuelle Übergriffe sind die Folgen. "Mexiko ist ein Minenfeld für jeden, der seine Grenzen als "irregulärer Migrant" überschreitet. Mexiko ist eine transversale Mauer, die man überspringen muss, ein gigantisches Geheimgrab, in dem wir die Überreste von denen finden können, die diese unsichtbare Mauer übersprangen und dabei in die Hände von Kriminellen fielen."

Der letzte Teil des Kurses beleuchtete franziskanische Perspektiven und Reaktionen auf Migration. Martin Carbajo OFM von der Päpstlichen Universität Antonianum und Juan Rendón OFM von der Fundación Franciscana Santo Tomás Moro in Kolumbien untersuchten die verschiedenen Arten, auf die Aufforderung zu reagieren, die von unserem franziskanischen Charisma in Bezug auf die globale Migration ausgeht. In der Spiritualität des heiligen Franz von Assisi verwurzelt, konzentrierten sich die Vortragenden auf franziskanische Themen wie Minderheiten, Menschenwürde und Gemeinwohl.

Da Franciscans International sich dafür einsetzt, dass die Menschenrechte im Zentrum der Migrationspolitik der UN stehen, insbesondere im Hinblick auf den Global Compact für sichere, geordnete und reguläre Migration, lieferte das OFM-GFBS-Seminar eine gute Momentaufnahme des franziskanischen Engagements im Bereich Migration auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene.

## HELFEN SIE, MENSCHENRECHTE ZU VERTEIDIGEN

Franciscans International ist vollständig auf Spenden angewiesen von franziskanischen Orden und Kongregationen, Hilfswerken und Institutionen, Pfarreien und Menschen, die für die franziskanischen Werte der Solidarität, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Respekts für die Umwelt sensibilisiert sind.

Seien Sie ein Teil der Veränderung, helfen Sie uns, die Menschenrechte durch eine Spende zu schützen.

<https://franciscansinternational.org/donate/>



**Franciscans International**

A voice at the United Nations

Genf:

37-39 rue de Vermont, P. O. Box 104, CH-1211 Geneva 20, Schweiz  
T +41 22 7 79 40 10, F +41 22 7 79 40 12, [geneva@fiop.org](mailto:geneva@fiop.org)

New York:

246 East 46th Street #1, New York, NY 10017-2937, Vereinigte Staaten  
T: +1(917) 675 1075, [newyork@fiop.org](mailto:newyork@fiop.org)

<http://franciscansinternational.org>